

Position zum Vorschlag der EU-KOM für eine Richtlinie zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (SUR)

Berlin, 08. August 2022

Am 22. Juni 2022 hat die EU-Kommission einen Verordnungsvorschlag zur Verringerung des Einsatzes und des Risikos von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln und die Förderung der Biodiversität in der Agrarlandschaft veröffentlicht.

1. Was sind die Vorschläge der Kommission?

■ Themenfeld pauschale Reduktionsziele

Die Kommission möchte mit der geplanten Verordnung **das allgemeine Reduktionsziel von 50 % weniger Pflanzenschutz nach Menge und Risiko** (Risiko ist dabei noch nicht definiert) zusammen mit dem Teilziel von **50 % Reduktion auch bei „besonders gefährlichen“ Wirkstoffen umsetzen**. Der **Fokus** liegt dabei auf der **Reduktion von Substitutionskandidaten (CS)**. Die Mitgliedstaaten tragen dabei gemeinsam zur Erreichung einer unionsweiten Reduzierung um 50 % bei und legen verbindliche nationale Ziele fest. Rechtfertigungen für eine **Abweichung nationaler Ziele von den 50 %-Zielen** können auf **historischen Entwicklungen und Intensitäten der Pflanzenschutzanwendungen** basieren.

■ Themenfeld Schutzgebiete

Das **grundsätzliche Verbot des Einsatzes von PSM in geschützten Gebieten** betrifft alle Schutzgebiete nach Naturschutzrecht, die von Deutschland nach Brüssel gemeldet wurden (CDDA-Datenbank). Darin inbegriffen sind nach **derzeitigem Stand** fast alle Arten von Naturschutzgebieten, aber auch Landschaftsschutzgebiete. Die in der Verordnung vorgesehenen **Ausnahmen gelten nur für die Bekämpfung von invasiven Arten und Quarantäneschädlingen**, das **Verbot von PSM in Schutzgebieten** ist daher **faktisch total**.

■ Nationale Aktionspläne und kulturspezifische Vorschriften

Weiterhin schwebt der Kommission vor, den Bäuerinnen und Bauern zukünftig durch sogenannte „kulturspezifische Vorschriften“ eine Art **staatlich verordneten Pflanzenschutzplan** vorzuschreiben. Diese Vorschriften sollen für jede Fruchtart im Rahmen der Nationalen Aktionspläne erstellt werden. Gibt es in einem Land erhebliche klimatische oder agronomische Unterschiede zwischen den Regionen, sollen für **jede dieser Regionen eigene kulturspezifische Vorschriften** erlassen werden. Die kulturartspezifischen Vorschriften stellen dann einen Handlungsleitfaden dar, in dessen Rahmen sich der Landwirt zukünftig zu bewegen hat. Eine **Änderung der spezifischen Vorschriften** kann nur durch ein **langwieriges Verfahren und nach Prüfung der Vorschläge** durch die Kommission stattfinden.

■ Themenfeld Dokumentation

Die Kommission strebt weiterhin an, dass die **Anwender vor jeder einzelnen Maßnahme nachweisen**, dass sie **alle (!) im Entwurf aufgezeigten alternativen Möglichkeiten** geprüft haben, um den Einsatz von chemisch-synthetischen PSM zu vermeiden. Eingegeben werden sollen die Daten in ein digitales Register, eine **manuelle Dokumentation auf Papier ist dann nicht mehr ausreichend**. Wie dies **aussehen könnte** gibt ein Auszug aus dem begleitenden Assessment-Report wieder: „Zusätzlich zur Aufzeichnung des Pestizideinsatzes müssen sie [die Anwender] auch den Ansatz der integrierten Schädlingsbekämpfung aufzeichnen, den sie verfolgen. **Die Aufzeichnung könnte in Form eines Entscheidungsbaums erfolgen**, der auf der **IPM-Pyramide** basiert und ggf. Schwellenwerte für Schädlingsbefall und wirtschaftliche Schäden enthält. **Es könnte bedeuten, dass Fragen wie 'ist ein bestimmtes Mittel durchführbar: ja, nein, wenn nicht, warum nicht?' beantwortet werden, wobei diese Entscheidung zu begründen und zu belegen ist, um dann zur nächsten Entscheidungsstufe in der Pyramide überzugehen**. Die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten **Leitlinien** würden ihnen **helfen**, die für ihre **Verhältnisse am besten geeignete Schädlingsbekämpfungsmaßnahme** zu ermitteln. Die Beratungsdienste werden ihnen weitere **unabhängige Ratschläge geben**.“ Auch wenn dies nur ein **Vorschlag** ist, **zeigt er doch auf, in welche Richtung** es gehen soll.

■ Themenfeld Schulung und Beratung

Die Kommission lässt an mehreren Stellen im Entwurf keinen Zweifel daran, dass **die Anwender von PSM in Zukunft wesentlich mehr geschult werden** müssen, und zwar nicht nur im Umgang mit den Mitteln, **sondern zu möglichen Alternativen zum chemisch-synthetischen Pflanzenschutz**. So soll es nicht nur die **Pflicht zur Schulung** an sich geben (vergleichbar mit dem deutschen Sachkundenachweis), sondern auch eine **verpflichtende jährliche Strategieberatung zum Integrierten Pflanzenschutz (IPS)**. Letztere soll nur von sogenannten **unabhängigen Beratern** durchgeführt werden dürfen, die „**frei von jeglichen Interessenkonflikten**“ sein müssen und sich nicht in einer Situation befinden, die direkt oder indirekt ihre Fähigkeiten zur **unparteiischen Wahrnehmung ihrer beruflichen Pflichten beeinträchtigt**. Zusätzlich sollen die **Händler verpflichtet** werden, den **Anwender nochmals beim Kauf von PSM über die Gefahren des Einsatzes und mögliche Alternativen aufzuklären**.

■ Technische Überwachung der Geräte

Für die **meisten technischen Geräte** ist zukünftig eine **regelmäßig wiederkehrende Kontrolle** vorgesehen, ähnlich dem „Spritzen-TÜV“ in Deutschland. Dadurch soll sichergestellt werden, dass nur solche Geräte in den Einsatz kommen, die alle **technischen Anforderungen einwandfrei** erfüllen. Allerdings ist auch die **Aufzeichnung von Details**, wie der zum Zeitpunkt der **Überprüfung montierten Düsen**, vorgesehen. Ebenfalls muss zukünftig im **Falle einer Eigentumsübertragung** die vorgeschriebene **Dokumentation des Datums jeder Übertragung sowie der Namen und der Anschrift der früheren Eigentümer in den letzten fünf Jahren** erfolgen.

2. Was sind unsere Schlussfolgerungen und Forderungen

■ Themenfeld pauschale Reduktionsziele

Der DBV unterstützt grundsätzlich das übergeordnete Ziel, den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln deutlich zu reduzieren. Die **pauschalen Reduktionsziele** sind jedoch **fachlich nicht vertretbar** und die **fachliche Grundlage der gesetzten Ziele ist dabei mehr als zweifelhaft**. Selbst in dem die SUR begleitenden Impact Assessment Report (dem inoffiziellen für die Mitarbeiter der Kommission), gibt es an vielen Stellen lediglich den Verweis auf **eventuelle Zusammenhänge** oder **vermutete Kausalitäten** bezüglich der Risiken beim Einsatz von chemisch-synthetischen PSM auf die Umwelt und die Gesundheit. **Laut Report lässt sich bisher kein (quantifizierter) kausaler Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Pestiziden und der Verschlechterung des Umweltzustands herstellen**. Auch an anderen Stellen des Reports finden sich lediglich Hinweise auf **mögliche Verbindungen und Zusammenhänge**. Weiterhin bestehen durch die **problematische Zulassungspolitik große Risiken bei der Erreichbarkeit der Zielwerte**, denn jedes Mittel, welches nur noch mit einer Notfallzulassung eingesetzt werden darf, steigert den Harmonisierten Risikoindikator (HRI) unverhältnismäßig stark. Eine **Akzeptanz des HRI und der entsprechenden Ziele** muss daher an eine **deutlich zügigere Zulassungspolitik gekoppelt** sein. Ebenso wichtig für die Erreichung des Zieles ist die **Herausnahme von inerten Gasen wie CO₂** aus dem Indikator. Die **präsentierten Alternativen zum chemisch-synthetischen Pflanzenschutz** sind leider bisher nur **rhetorische Luftnummern** und **absehbar leere Versprechungen**. In der vorliegenden Form werden die **Vorschläge** vom Deutschen Bauernverband daher **grundlegend abgelehnt**.

■ Themenfeld Schutzgebiete

Nach dem Deutschen Landschaftsmodell (Thünen Institut) liegen insgesamt **3.546.000 ha** Ackerflächen & intensiven Kulturen in Schutzgebieten mit unterschiedlichem Schutzniveau. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Regelungen würde allein bei **Getreide jährliche Ertragsverluste** in Höhe von ca. **7 Millionen Tonnen** zur Folge haben. **Die Vorschläge der EU-Kommission gefährden die Existenz vieler in Schutzzonen wirtschaftender Betriebe und führen zu gravierenden Ertragsausfällen in der Landwirtschaft**. Es ist unerklärlich, warum die EU die in den letzten Jahren (nicht nur in Deutschland) **vielfach getroffenen praxistauglichen Vereinbarungen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz** und die dabei gemachten Fortschritte ignoriert. Der **Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, nach guter fachlicher Praxis auf landwirtschaftlichen Flächen in Schutzgebieten, stellt keinen Widerspruch zum Naturschutz** dar. Hingegen kann das Verbot von Herbiziden und der damit einhergehende vermehrte **Einsatz von Hacke und Striegel in Vogelschutzgebieten erhebliche negative Auswirkungen** auf Bodenbrüter haben.

Auch der **Ökolandbau** ist von der geplanten Regelung in den Schutzgebieten nach **derzeitigem Stand massiv betroffen**, da auch viele der im Ökolandbau zugelassenen PSM von dem Verbot des Einsatzes in Schutzgebieten erfasst sind. Ein stichprobenartiger Abgleich der laut BVL im Ökolandbau zugelassenen Mittel ergab folgendes Bild: Einige Mittel sind (wie z.B. THIOVIT JET, Cedomon) zwar unproblematisch für Bienen, aber giftig für Fische bzw. Wasserorganismen,

andere Mittel (speziell Kupferpräparate wie Grifon SC im Weinbau) haben sogar **stark toxische Wirkungen auf Wasserorganismen**. Mittel wie Lepinox Plus sind zwar hier wesentlich unproblematischer, aber auch hier liegt keine Einstufung als „Mittel mit geringem Risiko“ vor. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu **erheben, bleibt festzuhalten**, dass auch bei den im Ökolandbau zugelassenen Mitteln viele **toxische Wirkungen auf aquatische Organismen** haben und deren **Einsatz damit zumindest in allen Gebietskulissen, die Oberflächengewässer haben oder in Wasserschutzgebieten** liegen, **zukünftig nur noch stark eingeschränkt** genutzt werden können. Die von der Kommission **vorgesehenen Regelungen** sind für den Deutschen Bauernverband daher **nicht akzeptabel**.

■ **Nationale Aktionspläne und kulturspezifische Vorschriften**

Die vorgeschlagenen Regelungen führen nicht nur zu **einem erheblichen Verwaltungsaufwand**, sondern werfen auch die Frage auf, wozu der ganze im Verordnungsentwurf ebenfalls vorgesehene Beratungsaufwand gut sein soll. Mit ihren Vorschlägen für die kulturspezifischen Fruchtarten **spricht die Kommission den Bäuerinnen und Bauern die Kompetenz ab**. Pflanzenschutzmittel verantwortungsvoll einzusetzen. **Statt von gut ausgebildeten Praktikern** soll zukünftig aus den **Brüsseler Glaspalästen heraus** entschieden werden, was auf europäischen Äckern passieren soll. Die in der Kommission vorhandene „Fachkenntnis“ lässt sich daran erkennen, dass auf **der einen Seite der verstärkte Einsatz von Mulch- und Direktsaat gefordert wird**, während auf der **anderen Seite die dafür notwendigen Mittel immer weiter eingeschränkt** werden. Auch das komplizierte Prozedere zur Änderung der kulturartenspezifischen Vorschriften stehen einer in der Praxis manchmal notwendigen schnellen Reaktion im Weg.

■ **Themenfeld Dokumentation**

Die geforderten **massiven Schikanen** bei jedem einzelnen Einsatz haben **keinen Nutzen** für Natur und Gesellschaft. Sie sorgen jedoch für einen **enormen Anstieg der bürokratischen Belastung** der Anwender. Es dürfte im Übrigen fast **unmöglich sein, vor jeder Maßnahme die Gründe für die nicht-Anwendung der Alternativen zu dokumentieren**. Und selbst wenn dies geschieht, sind die Gründe für die Entscheidungsfindungen im Nachgang **nicht auf Plausibilität überprüfbar** und die **ausführliche Dokumentation** dementsprechend **sinnlos**. Auch lassen sich auf Grundlage der Dokumentationen keine **wissenschaftlichen Auswertungen über die Auswirkungen auf die Biodiversität** machen, da auch hierzu die notwendigen zusätzlichen Angaben fehlen. **Die von der EU vorgesehene „Rechtfertigungsorgie“** vor jedem einzelnen Einsatz **lehnt der Verband daher klar ab**.

■ **Themenfeld Schulung und Beratung**

In Deutschland existieren hierzu **vorbildliche Regelungen**, die sicherstellen, dass nur **gut geschulte Anwender Pflanzenschutzmittel** ausbringen. Der **Sachkundenachweis** muss alle **3 Jahre erneuert** werden, somit ist sichergestellt, dass die **Anwender immer auf dem neuesten Stand des Wissens** sind. Abgesehen davon, dass es für die **Verwaltung** in Deutschland **unmöglich** sein dürfte, den mit den Forderungen der EU verbundenen **Stellenaufwuchs darzustellen**, ist auch dies ein weiterer Schritt zu einer **staatlich regulierten Landwirtschaft**. Ideen wie die vorgeschlagene **jährliche Zwangsberatung** zum integrierten Pflanzenschutz und **ständig wiederkehrende**

Belehrungen über die möglichen Gefahren des Einsatzes von PSM **lehnt der DBV klar ab**. Selbstverständlich erkennt auch der DBV den Wert unabhängiger Beratungsdienste an, allerdings sollte es jedem Betrieb **selber überlassen** sein, ob er sie in Anspruch nimmt oder nicht. Das ist umso wichtiger, da aus den Vorschlägen der Kommission nicht hervorgeht, **wer die Kosten für die geforderte Zwangsberatung übernimmt**.

■ Technische Überwachung der Geräte

Die von der Kommission gewünschte **technische Überwachung** der dazu verwendeten Geräte ist in **Deutschland bereits vorbildlich geregelt** und sollte selbstverständlich auch in allen anderen Mitgliedstaaten der EU der Fall sein. Ein darüberhinausgehendes digitales Register ist jedoch nur eine weitere unnötige Belastung. Denn wenn ein **(behördlich) geschulter** Anwender mit einer **(behördlich) zugelassenen** Feldspritze ein **(behördlich) zugelassenes Mittel** nach den **(behördlich abgesegneten) Grundsätzen des integrierten Pflanzenschutzes** ausbringt, ist es doch **völlig unerheblich, wem diese Maschine gehört** oder gehört hat. Jedoch wird auch im Falle der technischen Überprüfung deutlich, dass es der Kommission lediglich darum geht, den **bürokratischen Aufwand** für die Anwender **möglichst hoch** zu treiben. Dies und auch die offensichtliche **Gleichbehandlung von Pflanzenschutzgeräten mit der Registrierungspflicht für Schusswaffen** ist völlig **unangemessen und wird daher abgelehnt**.

■ Fazit

Die EU-Kommission hat mit dem aktuell vorliegenden Entwurf **deutlich über das Ziel hinausgeschossen**. Die **Reduktionsziele** beim Einsatz und dem Risiko chemischer Pflanzenschutzmittel bis 2030 sind angesichts der aktuellen sozioökonomischen und politischen Herausforderungen **klar überambitioniert und unverantwortlich**. Die verschiedenen im letzten Jahr veröffentlichten Studien (GFS, Universität Wageningen, USDA, COCERAL, Euroseeds, Universität Kiel, INRAE) weisen alle in eine beunruhigende Richtung: **Die landwirtschaftliche Produktion in der EU wird stark zurückgehen**, die Preise und das Einkommen der Landwirte werden massiv beeinträchtigt werden, und der **Umweltnutzen wird aufgrund von Verlagerungseffekten in Drittländer sehr begrenzt** sein. Außerdem wird die Abhängigkeit der EU von Lebensmittelimporten drastisch zunehmen, und einige Studien gehen sogar davon aus, dass die **EU zu einem Nettoimporteur** wird.

Insgesamt ist zu erwarten, dass durch die **erzwungene Zwangsökologisierung** in weiten Teilen **Deutschlands und Europas unzählige Betriebe in existentielle Not** gebracht werden, ohne dass für die Umwelt ein nennenswerter Gewinn entstünde. Unterschätzt werden sollte ebenfalls nicht, dass die Pläne auch **über die ländlichen Gebiete hinaus insgesamt einen erheblichen sozialen Sprengstoff bergen**, da **Lebensmittelpreise** durch die künstlich herbeigeführte Verknappung weiter steigen werden.

Viele der verlangten Aufzeichnungspflichten sind Stücke aus dem **Tollhaus der Bürokratie** und erfüllen keinerlei **konkreten Nutzen für Umwelt und Gesellschaft**. Es ist aber bezeichnend, dass im erwähnten Assessment Report bei den **Vorteilen der Maßnahmen** am **häufigsten** die **möglichen Kosteneinsparungen für die Überwachung und Durchsetzung der Ziele** des Entwurfs genannt werden. **Der DBV lehnt daher den vorliegenden Entwurf grundlegend ab** und **fordert eine Rückkehr zur einer faktenbasierten und ideologiefreien Strategiediskussion**.